

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Bormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.
In den Filialen für Zus. Annahme:
Otto Klemm, Unterföhrstr. 22,
Königs-Bühne, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,300.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.
und Frangierlohn 5 Rthl.
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schätzen für Extrablätter
ohne Postbeförderung 36 Rthl.
mit Postbeförderung 45 Rthl.
Jahresrate 5 Rthl. Postzettel 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Anzeigen unter dem Redactionsschild
die Spalte 40 Pf.
Anzeigen sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postvorschuß.

Nr. 93.

Mittwoch den 3. April 1878.

72. Jahrgang.

Ergänzung der Commission für die Notirung der Productenpreise.

Nachdem aus der Commission für die Notirung der Productenpreise an der hiesigen Börse Herr Reinhard
Vedermann infolge Geschäftsaufgabe ausgeschieden ist, hat die Handelskammer an dessen Stelle auf Bor-
schlag der II. Section des Vorstandes Herrn Oscar Vents, in Firma Vents & Co., zum Mitgliede der
genannten Commission erwählt.
Leipzig, den 1. April 1878.

Die Handelskammer.
Dr. Bachsmuth, Vorsitzender. Dr. Gensel, S.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen bei Gelegenheit der Ueberwälzung des Ostermühlgrabens im Rantshaber Steinwege,
auf dem linken Ufer desselben eine Thonrohrschleuse einzulegen und fordern daher diejenigen Besitzer bes.
Administratoren der an genannte Uferseite angrenzenden Grundstücke, für welche sich die Nothwendigkeit der
Einführung von Weichschleusen, sowie der Ueberführung von Fallrohrschleusen in diese Thonrohrschleuse
für die nächsten Jahre übersehen läßt, auf, hierüber bis spätestens

den 30. April d. J.

bei dem Rathsbauamte (Rathhaus, II. Etage) Anzeige zu erstatten und die erforderliche baupolizeiliche Ge-
nehmigung hierzu einzuholen, damit die Begabung der Privatweichschleusen gleichzeitig mit dem Bau der
Hauptschleuse auf Kosten der Adjacenten erfolgen kann.
Leipzig, am 28. März 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi, Baurath.

Bekanntmachung.

Die Anlieferung von 6 Stück neuen Wagen zur Abfuhr des Schlammes von den Straßen soll im
Wage der Submission vergeben werden.

Hierauf Reflectirende haben ihre Forderungen bis zum 13. dieses Monats Abends 6 Uhr versegelt auf
der hiesigen Markt-Exposition im alten Johannisbospital niederzulegen, wo auch die näheren Be-
dingungen eingesehen werden können.
Leipzig, den 2. April 1878.

Des Rathes Straßenbau-Deputation.

Leipzig, 2. April.

Neue Männer sind an das Steuer des deutschen
und des preussischen Staatschiffes getreten, und
obwohl der altbewährte Capitain noch immer
oben an der Reuder steht, ist doch das Gefühl ziemlich allgemein,
daß wir im Begriffe sind, den Kurs zu verändern.
Werden wir trotz dieser Aenderung das alte Ziel
im Auge behalten und verfolgen, oder segeln wir
vielleicht in die Reaction hinein? Bei der Beant-
wortung dieser Frage kann uns, wie wir neulich
schon hervorgehoben, der Culturkämpfer Dr. Fall
als Leitfaden dienen; sein Bleiben oder Gehen
mag uns lehren, wie der Wind geht. Bleibt er
oben, so haben wir keine rückläufige Strömung zu
befürchten; fällt er aber, so ist zehn gegen eins zu
wetten, daß der Wind sich gedreht hat. Wir
wollen das Letztere nicht hoffen; verhehlen aber
können wir nicht, daß der Eintritt der Grafen
Stolberg und Eulenburg in die Regierung
nur zu sehr geeignet ist, die Hoffnungen der
Dunkelmänner zu beleben, unseren eigenen Besorg-
nissen aber Vorstoß zu leisten. Zwar wird ver-
breitet, der neue Reichstag habe sich mit Herrn
Fall ausgesprochen und dabei sei ein erfreulicher
Einfluß der beiderseitigen Ansichten zu Tage ge-
treten. Sogar die „Magd. Ztg.“, die in Sachen
des Culturkampfes sehr auf dem Posten ist, brachte
neulich eine beruhigende Notiz in dieser Richtung;
sie sagte dem Grafen Stolberg ein gewisses
Maß von Unbefangenheit und Freisinnigkeit
nach. Dem gegenüber giebt aber ein Corre-
spondent der „Weser-Ztg.“ Folgendes zu bedenken:
Der Graf zu Stolberg-Wernigerode hält sich
unzweifelhaft für einen Mann, der so freisinnig
ent, als es mit seiner Stellung und mit dem
Wohle des Staates irgend verträglich ist. Wenn
er uns dies ausdrücklich versichert, würden wir
ganz sicher nicht erlauben, in die Aufrichtigkeit
dieser Versicherung auch nur den leisesten Zweifel
nicht bloß zu äußern, sondern selbst nur in Ge-
anken zu hegen. Es ist nur schlimm, daß der
Rathstag, mit welchem die Freisinnigkeit gemein
ist, ein so überaus verschiedenes Bild und das der
Junct, wo der Obscurantismus (Dunkelsinn) auf-
tritt und die Freisinnigkeit beginnt, gar nicht ab-
lut festgestellt werden kann, sondern sich je nach
er gesammten Denkungsweise des Einzelnen hin
und herschiebt. Wir haben zu seiner Zeit einen
zeitlichen Regierungsrath in einer Provinzial-
stadt gekannt, der, als die Bewegung des Jahres
48 begann, mit Enthusiasmus die Bile auf seine
was breiten Schultern nahm und seinen un-
selbstlichen Leib zu tactmäßigen Marschieren zwang,
sch mit Krezi und Plezi Arm in Arm durch
Straßen wanderte, und dann mit dem
stärksten Lächeln umherfragte: „Bin ich
sehr liberal?“ Und der Mann, der sonst ein
edacristokrat war, heuchelte nicht etwa um der
th der Zeit willen, sondern er war wirklich
von ehrlich überzeugt, daß er in Freisinnigkeit
Kreuzer geleistet und sich um das Vaterland
dient gemacht habe. Die Familientradition der
nen v. Stolberg ist von der Anschauung, welche
Minister Fall von seinem ehrwürdigen Vater
kommen, dann durch ernste Studien und wissen-
schaftliche Arbeit bei sich ausgebildet hat, so himmel-
hoch verschieden, daß beide kaum neben einander
leben können, und es ist zulässig, den Unterschied
dies zu erläutern, daß man in die Erinnerung
Zeitgenossen zurückruft, wie die Sache vor
Jahren stand. Ein Stolberg-Wernigerode, der
Oberpräsident und Minister, nebenbei aber
Kosakenbetman war, ist damals nicht der
bedeutendste, wenn auch nicht der einzige Führer
kirchlichen Reaction gewesen, welche in den

vierziger Jahren den gebildeten Mittelstand aufregte,
und der Consistorialrath Fall mußte seinen Sitz im
Consistorium aufgeben und sich auf eine Landpfarre
zurückziehen. Die Standpunkte haben sich seitdem
wesentlich verschoben, wie die Zeiten sich geändert
haben, und der jetzige Graf Stolberg-Wernigerode
und der Minister Fall können darum ganz gut in
der kirchlichen Mittelpartei sich ohne Hintergedan-
ken unterbringen lassen. Aber an bestimmter Stelle
wird deshalb der Gegensatz der Gedanken und
Grundzüge unfehlbar zu Tage treten, und es kann
für Niemand zweifelhaft sein, wer dann was werden
wird. Um der inneren treibenden Kraft dieser
Gegensätze willen, und nur um deswillen, ohne
den Personen und ihrem Charakter irgend wie zu
nahe zu treten, glauben wir, daß dem vor acht
Tagen erfolgten Ausscheiden des Ministers Achen-
bach noch andere Minister, vielleicht gar solche, die
heute noch gar nicht daran denken, nachfolgen
werden. Wenn wir aber sehen, daß auf Delbrück
Camphausen, auf diesen Achenbach folgte, und daß der
Erfolg immer weiter von rechts her geholt werden
muß, so wird uns Niemand einreden dürfen, daß die
Sache nicht eine grundsätzliche Aenderung erfahren
hat und noch weiter erfährt, und daß darüber die
Versicherung des Ministers Friedenthal, daß die
Verwaltungsreform fortgeführt werden solle, nicht
die geringste Sicherheit gewähren kann. Fortge-
führt wird sie werden, sie wird aber in dem Sinne
fortgeführt werden, welcher den Anschauungen des
Reichstanzlers und der neuen Minister, die nun-
mehr, wenn die Landesvertretung nicht mit voller
Festigkeit und Energie den Faden festhält, besseren
Raum gewonnen haben, entspricht. Wir sind aber
wohl berechtigt, eine solche Fortführung mit dem
Namen einer Reaction zu bezeichnen. — Der Ge-
währsmann der „Weser-Ztg.“ gehört offenbar
unter die Schwarzfahrer; so unfehlbar sicher, wie
hier geschilbert, ist das Vereindreden der Reaction
dennoch nicht. Aber es ist bezeichnend für
die Stimmung, wenn ein hervorragendes und
überaus gewichtiges Organ der nationalliberalen
Partei schon jetzt derartigen Befürchtungen Raum
gibt.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 2. April.

Zur auswärtigen Page schreibt man der
„Köln. Ztg.“ aus Berlin: Die Ansichten über die
größere oder geringere Wahrscheinlichkeit eines
englisch-russischen Krieges sind natürlich sehr
getheilt. Derselbe wird größtentheils bezweifelt.
Man glaubt aber, irgend ein Zwischenfall könnte
in der so sehr gespannten Lage einen Bruch herbei-
führen, der die für die Erhaltung des Friedens
angewandten Bemühungen vereiteln würde. Ge-
rächte, daß England ein Pband ergreifen wolle, sind
überall verbreitet. Dann würde Rußland die Be-
setzung Konstantinopels versuchen. Die russische
Diplomatie soll andererseits überall äußern, Ruß-
land werde sich nicht gleichsam militärisch aus-
hungern lassen, sondern nöthigenfalls England
zwingen, daß es seine Absichten kundgebe. Die
Lage kann jedenfalls, wie es scheint, nicht mehr
lange in der Schwebelage bleiben. Deutschland ver-
hält sich nach wie vor neutral und soll auch in
die Verhandlungen in Wien nicht eingegriffen haben.

Der „Magd. Ztg.“ berichtet man: Die Mission
Ignatieff's ist vorerst zum Abschluß gelangt; der
General hat an dem Grafen Andrassy seinen
Partner gefunden, der an diplomatischer Gewandt-
heit ihm die Stirn zu bieten vermochte. Graf
Andrassy forderte um so viel mehr, als General
Ignatieff anbot, daß Letzterer, obwohl es hieß, er
sei mit den weitgehendsten Vollmachten versehen,

nach Petersburg zurückzukehren zu müssen erklärte,
und dort aus Neue mit Gortschakoff zu verhan-
deln. Schwerlich wird der General selbst nach
Wien zurückkehren. Er kennt jetzt die dortige
Situation und ist über die Anschauungen des
Leiters der österreichischen Politik so weit ein-
geweiht, daß die weiteren Unterhandlungen
von Petersburg aus schriftlich geführt werden
können. Oesterreich verlangt nicht bloß den domi-
nirenden Einfluß in Bosnien, der Herzegovina
und Albanien bis Saloniki, sondern eben solchen
in den Fürstenthümern Montenegro und Serbien
und — Westbulgarien. Unter Westbulgarien
ist derjenige Theil des durch den Frieden von San
Stefano neu geschaffenen „autonomen“, factisch
aber unter Rußlands Oberhoheit stehenden Bul-
gariens verstanden, der in auffallender Weise über
die natürliche Grenzlinie, die bisher Albanien
von Makedonien und Rumelien trennenden Ge-
birgskamm hinübergehend und tief bis an den
Dobruja-See in Albanien sich hineinzieht, und das
russischen Einfluß bis in die Westhälfte der
Balkanhalbinsel hinüberträgt und dem Ruß-
land von je her eng befreundeten Montenegro
gewissermaßen die Hand bieten würde. Sogar
die oberen Wasserläufe von Flüssen, die ins
Adriatische Meer münden, würden nach den
Friedensbestimmungen von San Stefano dem
neuen „Staate“ Bulgariens angehören. Graf
Andrassy läßt die Grenzen des neuen nationalen
Gebietes Bulgariens zwar unangetastet, fordert
aber, daß dieser kleine westliche Theil jenes Ge-
bietes, der nach der Adria zu gelegen ist, dem
russischen Machtanfluß entzogen und dem öster-
reichischen unterthan wird. Diese Forderung, so
wie diejenige, daß Serbien wie auch Montenegro,
die beiden verwöhnten Schützlinge der russi-
schen Politik, in Zukunft gänzlich zur öster-
reichischen Machtosphäre gehören sollen, einfach
zugesehen, wollte General Ignatieff nicht auf
sich nehmen. Ueber diese Punkte wird von Peters-
burg weiter verhandelt werden und vorläufig blei-
ben wir dabei, daß sich zwischen dem russischen
Angebot und den Wiener Forderungen ein Aus-
gleich wird finden lassen, zumal die Spannung mit
England so weit gebrochen zu sein scheint, daß ein
plötzliches Wiederanknüpfen der Congressverhand-
lungen zwischen London und Petersburg wohl
kaum in Frage kommen dürfte. — Was sonst in
Wien über den Friedensvertrag, besonders über die
Bestimmungen desselben rücksichtlich Bosnabiens
und der Donaufschiffahrt verhandelt worden ist,
darüber verlautet bis jetzt nichts.

Der „Allg. Ztg.“ meldet man aus Wien:
Die Mission Ignatieff's ist gescheitert. Er geht
nach St. Petersburg, um folgende Ansprüche Oester-
reichs mitzutheilen: 1) Ausdehnung des österrei-
chischen Einflusses auf die westliche Balkan-Halbinsel
durch militärische und handelspolitische Con-
ventionen mit Serbien, Montenegro und Albanien;
2) Herstellung einer directen Verbindung Oester-
reichs mit Saloniki auf türkischem Gebiet; 3) Fern-
haltung Bulgariens vom Regiischen Meere; 4) Be-
festigung der osmanischen Macht in den der Türkei
verbleibenden Gebieten; 5) directe Verhandlung
Oesterreichs mit der Pforte über alle erwähnten
Punkte.

Dem Reichstanzler Fürsten Bischoff, der am
1. April sein dreißigjähriges Lebensjahr voll-
endete, brachten die Musikcorps des 2. Garde-
Regiments zu Fuß und des Kaiser Alexander-Garde-
Grenadier-Regiments Nr. 1 im Laufe des Vor-
mittags eine Morgenmusik. Von zahlreichen Seiten,
aus allen Theilen des deutschen Vaterlandes liefen
seit früher Morgenstunden Briefe und Telegramme
ein, welche dem leitenden Staatsmann die besten

Wünsche zum Geburtstest übermittelten. Das
Palais des Reichstanzlers war das Ziel für zahl-
reiche Gratulanten und für so manche lobbare
Gabe, unter denen sich besonders prächtige Bou-
quets auszeichneten.

Der zurückgetretene Finanzminister soll sich,
wie man der „Ebersfelder Ztg.“ schreibt, gegen seine
Umgebung darüber beschwert haben, daß Herr
v. Bennigsen doppelzünftig gegen ihn verfahren
sei, indem er ihm gelegentlich versichert habe, es
handle sich bei den Verhandlungen über seinen Ein-
tritt in die Regierung nicht um das Finanzporte-
feuille, sondern um das Ministerium des Innern.
In einem gewissen Zeitpunkt ist Dies aber ohne
Zweifel vollkommen richtig gewesen; Herr v. Bennigsen
hätte sicher das Innere vorgezogen, und auch Fürst
Bismarck soll damit einverstanden gewesen sein.
Der ablebende Bismarck lag höher hinauf. Im
Uebrigen ist es klar, daß nicht Herr v. Bennigsen
die Pflicht hatte, Herrn Camphausen zur
rechten Zeit in Kenntniß zu setzen, sondern
sein Colleague und Chef, der Fürst Bismarck.
„Vor der Gewährung des Abschiedsgelohes hat
der Ministerpräsident, wie jetzt bekannt wird,
noch ein Mal versucht, seinen Vizepräsidenten zum
Eingehen auf seine Steuerreform-Ideen und damit
zum Bleiben zu bewegen, aber vergeblich. Er hätte
natürlich gern Camphausen's Erfahrung und An-
sehen benützt, um aus Ideen Projecte zu machen,
und diese dann gegen eine widerstrebende Reichs-
tagmehrheit mit oder ohne Auslösung durchzu-
drücken. Was er fordert, sind rund dreihundert
Millionen Mark mehr. Diese zu schaffen, wird
also die nächste und hauptsächlichste Aufgabe des
neuen Finanzministers sein. Der Mann, welcher
ihn dafür erforschen und berufen hat, trug wenige
Stunden nach dem entscheidenden Geschehnis in der
großen Rede am Sonnabend Sorge, dem bisherigen
Berliner Oberbürgermeister auch vor der Oeffent-
lichkeit keinen Zweifel darüber zu lassen, daß er
nicht daran denken dürfe, bloß gemäßlich ver-
walten zu wollen oder, wie einst der so bitter
charakterisirte Finanzminister v. Bodelschwingh
gethan haben soll, „Concepte zu signiren und
Wanda zu unterschreiben“. Gelingt es Herrn
Hobrecht, einen dem Reichstag ebenso wie dem
Bundesrath annehmbaren Steuerreformplan
mit dem bezeichneten Effect — und wären es auch
hundert Millionen Mark weniger — auszuführen,
so mag er für einige Zeit in derselben angenehmen
Lage wie sein Vorgänger nach dem Herabträufen
des Milliarden-Sogens sein. Er kann dann die
preussischen Communen und vielleicht obendrein
noch die unterste Schicht der Klassensteuerzahler
entlasten. Da er selbst aus der Communalver-
waltung in den unmittelbaren Staatsdienst zurück-
kehrt, wird er sicher für die Noth der größten
Gemeinden im Lande mehr Herz haben, als sein
verschlossener Vorgänger. Aber wehe ihm, wenn
es ihm nicht gelingt, vom Reiche her dem Staat
und vom Staate her die Communen zu erleichtern!
Dann wird sich das tragische Geschick Camp-
hausen's an ihm im Befentlichen sehr geschwind
wiederholen. Nur die haarste Instanz kann be-
haupten, Camphausen sei durch die nationalliberale
Fraktion geführt. Er ist gefallen, weil Bismarck
ihn im Interesse seiner eigenen Finanzprojecte
abstoßen mußte und weil seine Collegen ihn nicht
hielten.“

Die zahlreichen Namen, welche gegenwärtig als
muthmaßliche Nachfolger Hobrecht's auf den
Berliner Oberbürgermeisterposten genannt werden,
beruhen bis jetzt auf gänzlich willkürlicher Ver-
muthung. In den maßgebenden sächsischen Kreisen
ist man der Nachfolgerfrage überhaupt noch nicht
näher getreten. Uebrigens findet auch der Gedanke,